

NICHT AUF UNSEREM RÜCKEN!

Solidarisch für ein
Leben ohne Kapitalismus,
Krise und Krieg



Heraus zum 1. Mai 2022!
Kundgebung und Demonstration
1. Mai 2022 9:00 Uhr
Goetheplatz Mainz

Überall explodieren die Mieten, Energie- und Lebensmittelkosten. Sie scheinen uns zu treffen wie Schicksalsschläge. Dabei sind die „Coronakrise“, die „Klima-Krise“ und die „Ukraine-Krise“ tatsächlich durch das kapitalistische Wirtschaftssystem verursacht.

In der Corona-Pandemie sind unzählige Menschen in Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit gerutscht. Gleichzeitig explodieren die Benzin-Energiekosten, Mieten und Lebensmittelkosten. Dies geht mit einer massiven Umverteilung von Arm nach Reich einher: Seit März 2021 hat sich das Vermögen der Milliardär*innen auf dieser Welt mehr als verdoppelt.

So etwas passiert in einem Wirtschaftssystem, das in erster Linie den Interessen der Reichen und nicht denen der arbeitenden Menschen dient.

In Mainz wurden mit der Pandemie große Gewinne gemacht: Die Firma Biontech hat im Jahr 2021 zwischen bis zu 17 Milliarden Euro mit dem Verkauf eines Impfstoffs umgesetzt, der vor allem mit öffentlichen Geldern entwickelt wurde. Der Milliardenengewinn rührt auch daher, dass Biontech sich weigert, seine Patente für ärmere Länder freizugeben. Auch der Mainzer Spezialglashersteller Schott machte im letzten Jahr durch die Produktion von Impffläschchen für die Corona-Pandemie einen Milliardenumsatz und konnte seinen Gewinn um fast die Hälfte steigern.

So etwas passiert in einer Gesellschaft, in der Gesundheit eine Ware ist.

Beim Mainzer Oberbürgermeister hat der Biontech-Gewinn Jubel ausgelöst: Endlich schuldenfrei! Und als erstes wurde Biontech

eine Steuersenkung in Aussicht gestellt. Bei der werktätigen Bevölkerung wird von den Steuereinnahmen ohnehin wenig ankommen. Statt das Geld für bessere Bedingungen im Gesundheitsbereich oder bezahlbaren Wohnraum zu nutzen, soll ein neuer „Innovationspark“ aufgebaut werden, um weitere Biotechnologie-Unternehmen nach Mainz zu locken. Das wird die Mieten in Mainz weiter in die Höhe treiben.

So etwas passiert in einer Gesellschaft, in der mit Wohnen Profite gemacht werden.

Die Krise hat gezeigt, wie sehr unser Wirtschaftssystem die Ungleichheit vertieft. Die staatlichen Gesundheits-, Bildungs- und sozialen Sicherungssysteme sind marode. Dies trifft vor allem Erwerbslose und Geringverdienende. Je ärmer Menschen sind, um so eher infizieren sie sich mit Krankheiten und um so schwerer sind deren Verläufe. Armut macht krank, und der Kapitalismus macht arm. Nach Jahren neoliberaler Politik ist die staatliche Infrastruktur ruiniert. Die Folgen wurden bei der Flutkatastrophe im Ahrtal sichtbar, wo viele Menschen starben. Die Bundeswehr wurde als „Retterin“ zelebriert, wo die zivile Katastrophenhilfe versagt hatte.

So etwas passiert, wenn die Profite der Banken und Konzerne über dem Wohl der arbeitenden Bevölkerung stehen.

Besonders schlimm ist die Situation für die Beschäftigten in der Pflege. Die Arbeitsüberlastung in den Krankenhäusern hat

1. Ma

sich durch die Pandemie noch verschlimmert. Die Beschäftigten werden mit den Auswirkungen eines über Jahrzehnte unterfinanzierten, kaputtprivatisierten und nun überforderten Gesundheitssystem allein gelassen. Vor allem das System der Fallpauschalen zwingt die Krankenhäuser dazu, die Beschäftigten zu überlasten und die Patient*innen unterzuerzogen. Hier muss sich dringend etwas ändern.

Initiativen wie das Bündnis Pflegeaufstand Rheinland-Pfalz verdienen unsere Unterstützung und Solidarität! Viele Pflegende denken über einen Berufswechsel nach, weil sie unter den Bedingungen des „marktgerechten“ Gesundheitssystems dem professionellen Anspruch an ihren Beruf nicht gerecht werden können.

So etwas passiert in einer Gesellschaft, in der Krankenhäuser wie Fabriken betrieben werden.

Während für das Gesundheitssystem angeblich kein Geld da ist, steigen die Kriegsausgaben derzeit rasant an. Noch nie gaben die NATO-Länder mehr Geld für Rüstung aus. Deutschland hat sich jetzt verpflichtet, mindestens 2% seiner Wirtschaftsleistungen für Rüstung auszugeben. Kurz nach dem Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine waren auf einmal 100 Milliarden Euro für ein beispielloses Aufrüstungsprogramm der Bundeswehr da. Rüstungskonzerne wie Rheinmetall hatten die entsprechenden milliardenschweren Angebote schon vorbereitet. Dazu gehört auch die Anschaffung von F35-Kampfbombern, die für den Abwurf der im rheinland-pfälzischen Büchel gelagerten US-Atombomben ausgelegt sind.

So etwas passiert in einer Gesellschaft, in der mit Krieg und Rüstung die größte Kasse zu machen ist.

Corona-, Klima- und Ukraine-Krise: Ihnen allen ist gemein, dass die Konzerne an ihnen gewinnen und die arbeitende Bevölkerung für sie aufkommen sollen – durch Lohneinbußen, Tariffucht und durch steuerliche Belastung. Dagegen müssen wir uns organisieren, die DGB-Gewerkschaften stärken und diese zu kämpferischen Positionen ermutigen.

Die arbeitende Bevölkerung spürt, dass sie es ist, die die Zeche zahlen soll. Die Kolleg*innen an den Flughäfen, die Erzieher*innen und Busfahrer*innen, sie alle wehren sich dagegen, dass die werktätige Bevölkerung durch Lohnverzicht für die Krise blechen soll, gegen Tariffucht der Bosse und Stellenabbau.

Jetzt muss in den Betrieben mobilisiert werden für höhere Löhne. Und in allen Tarifgebieten mit unzureichenden Abschlüssen sollte die Diskussion um Lohn-Nachschnitte beginnen.

Es ist höchste Zeit für Widerstand. Dafür gehen wir am 1. Mai auf die Straße: Für die Krisen des Kapitals machen wir unseren Buckel nicht krumm! Im Gegenteil - Wir stehen auf für Solidarität mit der arbeitenden Bevölkerung, hier und weltweit!

So etwas passiert, wenn wir arbeitenden und erwerbslosen Menschen zusammenstehen!

Heraus zum 1. Mai!



WIR FORDERN:

- Für höhere, an die Inflation angepasste Löhne: Minimum 8 Prozent, mindestens aber 250 € im Monat!
- Einführung einer 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Keinen Cent für Aufrüstung, keinen Cent für Kriege!
- Schluss mit Militarismus und Auslandseinsätzen der Bundeswehr!
- Weg mit den US-Atomraketen in Büchel - keine neuen US-Raketen in Mainz-Kastel oder sonstwo!
- 100 Milliarden für Bildung und Soziales, nicht für Waffen!
- Aufnahme und Gleichbehandlung aller Flüchtenden unabhängig ihres Herkunftslandes!
- Privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zurück in öffentliche Hand!
Gesundheitsversorgung gehört vergesellschaftet.

WIR FORDERN:

- Für eine bedarfsgerechte Pflege mit genug Personal und angemessenen Löhnen!
- Sozialen Wohnungsbau ausbauen - Wohnungsbau in öffentliche Hand - Einführung einer reglementierten und kontrollierten Kostenmiete - Enteignung der Immobilien - und Wohnungsbaukonzerne!
- Schluss mit den Energiepreissteigerungen! Verbot von Gas- und Stromsperrern!
- Die Millionäre sollen für die Krise zahlen! Keine Krisenbewältigung auf Kosten der Arbeiter*innen, Rentner*innen und Erwerbslosen!
- Für die Enteignung der großen Banken und Konzerne, hin zu einer demokratischen Planung der Wirtschaft im Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung!
- **HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!**



Demonstration 1. Mai 2022 9:00 Uhr Goetheplatz Mainz

Im Mainzer Internationalen
1. Mai-Bündnis haben sich linke
und internationalistische
Gruppen und Organisationen
zusammengefunden. Wir
organisieren seit 2014 eine
solche Demonstration, die stets
in der Nähe der
DGB-Kundgebung endet.

Aktuelle Infos:

<https://maidemo.noblogs.org>



<https://t.me/ersterMaBuendnisMainz>

